

Alfons Lappas

---

## **Zur europäischen Gewerkschaftspolitik**

---

*Alfons Lappas, geb. 1929 in Wiesbaden, ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB. Er ist inständig für die Abteilungen Finanzen und Europäische Integration.*

Die europäische Integration, die vom DGB und seinen Gewerkschaften nach wie vor tatkräftig gefördert wird, ist in den vergangenen drei Jahren sehr widersprüchlich verlaufen. Darauf habe ich schon auf dem 10. Ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hingewiesen, der Ende Mai 1975 in Hamburg stattfand. Daher kann es nicht verwundern, daß auch die Integration der europäischen Gewerkschaften eine Reihe von Widersprüchen aufweist. Auf der einen Seite konnten wir so wesentliche Fortschritte verzeichnen wie die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die drei Länder Großbritannien, Irland und Dänemark, die Verabschiedung eines sozialpolitischen Aktionsprogramms, die letztlich auf die Initiative des DGB zurückgeht, und die Einführung einer gemeinsamen Regionalpolitik, die seit langem von der europäischen Gewerkschaftsbewegung gefordert wird.

Auf der anderen Seite mußten wir so gravierende Rückschläge hinnehmen wie die sogenannten „Neuverhandlungen“ mit Großbritannien, die in keinem Vertragsartikel vorgesehen sind, aber wahrscheinlich zu dem positiven Ausgang des Referendums beigetragen haben, das Scheitern der Wirtschafts- und Währungs-

union, die im Februar 1971 mit so viel Hoffnungen in Gang gesetzt wurde, und nicht zuletzt die Energiekrise, die die ganze Handlungsunfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft aufgedeckt hat.

Diese Rückschläge sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß es in der Europäischen Gemeinschaft keine wirksamen und demokratischen Institutionen gibt, die in der Lage sind, aus eigener Initiative eine europäische Politik zu entwerfen und durchzuführen, die mehr als nur der kleinste gemeinsame Nenner aus der Politik der Mitgliedsstaaten ist. Daran wird sich auch nichts ändern, solange die europäischen Regierungen nicht bereit sind, den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft eine demokratische Struktur zu verleihen und die entsprechenden Entscheidungsbefugnisse zu übertragen.

Wir befinden uns daher in der unglücklichen Lage, daß die europäische Integration zwar einen größeren Markt geschaffen hat, der zu einer immer stärkeren Verflechtung und Konzentration von Kapital und Unternehmen beiträgt, aber keine politischen Institutionen ausgebildet hat, die diese Vorgänge wirksam kontrollieren und steuern können. Daher ist es nach wie vor eine unserer wichtigsten Aufgaben, auf die Schaffung von demokratischen Institutionen in der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben auf der Gipfelkonferenz im Dezember 1972 in Paris die Errichtung einer Europäischen Union beschlossen. Zu diesem Zweck haben sie im Dezember 1974 den belgischen Premierminister *Tindemans* mit der Erstellung eines Berichts beauftragt. Jeder nüchterne Beobachter der europäischen Politik muß jedoch erkennen, daß uns solche großangelegten Entwürfe zwar einige Leitlinien an die Hand geben können, aber die konkrete Politik, die beharrlich weiterverfolgt werden muß, nicht ersetzen können. Daher müssen wir Schritt für Schritt vorgehen, um Institutionen zu schaffen, mit denen die Interessen der Arbeitnehmer besser durchgesetzt und die einmal Bestandteile eines demokratischen und sozialen Europas werden können.

In dieser Hinsicht können wir durchaus auf eine Reihe von Erfolgen zurückblicken. In den vergangenen drei Jahren konnten die Gewerkschaften die innere Struktur und das politische Gewicht des Wirtschafts- und Sozialausschusses in der Willensbildung der Europäischen Gemeinschaft erheblich verstärken. Nach langem Drängen wurde ihm auf der Gipfelkonferenz im Oktober 1972 in Paris ein Initiativrecht zugestanden. Das wird sich möglicherweise als der entscheidende Durchbruch erweisen, um eine größere Transparenz des Interessendrucks zu erreichen, der in der Europäischen Gemeinschaft unkontrollierbare Formen angenommen hat.

Dieser Gesichtspunkt ist für den DGB aber auch deswegen von großer Bedeutung, weil er uns dem Ziel einer wirkungsvollen gesamtwirtschaftlichen Mit-

bestimmung einen Schritt näherbringt. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß, der nunmehr alle wesentlichen Rechte besitzt, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht, kann nämlich als das oberste Glied in einer Kette von Wirtschafts- und Sozialräten betrachtet werden, die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gebildet werden müßten. Es ist tatsächlich unübersehbar geworden, daß wir zu den wenigen Ländern gehören, die noch keinen Wirtschafts- und Sozialrat auf nationaler Ebene besitzen, auf den sich der Wirtschafts- und Sozialausschuß in der Europäischen Gemeinschaft stützen kann.

Es liegt auf der Hand, daß diese und ähnliche Vorstellungen bei der institutionellen Schwäche der Europäischen Gemeinschaft nur verwirklicht werden können, wenn sich die europäischen Gewerkschaften selbst in die Lage versetzen, einen wirksamen Druck sowohl auf die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft als auch auf die Regierungen der Mitgliedsstaaten auszuüben.

Wir haben unsere ganze Kraft aufgeboten, um bei der Zusammenführung der europäischen Gewerkschaften Fortschritte zu erzielen, aber auch um unsinnige Entwicklungen zu verhindern. Wenn das nicht immer gelungen ist, dann liegt das vor allem daran, daß die europäischen Gewerkschaften, die durch verschiedene historische Erfahrungen und gesellschaftliche Bedingungen geprägt sind, sehr unterschiedliche Vorstellungen über die europäische und internationale Politik haben und wir im internationalen Konzert der demokratischen Gewerkschaftsbewegung nur eine Stimme besitzen.

Wir haben uns der Mehrheit gebeugt, als die Entscheidung fiel, den Europäischen Bund Freier Gewerkschaften auch um die Gewerkschaften in den Rest-EFTA-Staaten zu erweitern. Diese Entwicklung birgt zwar die Gefahr, daß sich der Europäische Gewerkschaftsbund, den wir immer als einen Verband zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Wirtschaftsverbänden und Institutionen in der Europäischen Gemeinschaft verstanden haben, zu einer europäischen Regionalorganisation zurückentwickelt. Wir wollten und konnten aber mit diesen Bedenken die Schaffung des Europäischen Gewerkschaftsbundes nicht verhindern.

Wir haben uns auch der Mehrheit gebeugt, als die Entscheidung fiel, den kommunistisch-sozialistischen Gewerkschaftsbund Italiens, CGIL, in den Europäischen Gewerkschaftsbund aufzunehmen. Wir hatten in den Verhandlungen verlangt, daß die CGIL zuvor ihre Beziehungen zum Weltgewerkschaftsbund klärt. Die CGIL hat zwar ihre Mitgliedschaft in einen Assoziationsstatus umgewandelt; ob sie damit aber auch ihre Verpflichtungen gegenüber dem Weltgewerkschaftsbund gelockert hat, kann erst die Zukunft erweisen.

Schließlich haben wir auch mit der gebotenen Zurückhaltung die Referendumskampagne in Großbritannien verfolgt. Die überwältigende Zustimmung der britischen Bevölkerung zum Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft, für den sich im Juni 1975 auch große Teile der organisierten

Arbeitnehmerschaft entschieden haben müssen, gibt der gesamten europäischen Gewerkschaftsbewegung, die die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft tatkräftig gefördert hat, eine gewisse Genugtuung. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß die unterschiedlichen Vorstellungen der Gewerkschaften aus den alten und neuen Mitgliedsstaaten über die zukünftige Struktur und Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft einer intensiven Diskussion bedürfen, um angeglichen und in eine gemeinsame Strategie integriert werden zu können.

Darum müssen die vor uns liegenden Entscheidungen, die möglicherweise noch größere Bedeutung erlangen können, behutsam angegangen werden. Der DGB sollte daher deutlich machen, wo die Grenze dessen liegt, was er noch mittragen kann.

Der kommunistische Gewerkschaftsbund Frankreichs, CGT, der bei jeder Gelegenheit seine unverbrüchliche Treue zum Weltgewerkschaftsbund beteuert, bemüht sich um eine Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund. Wenn wir auch das Argument würdigen, daß die CGT für einen großen Teil der französischen Arbeitnehmer spricht, so können wir doch kein Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund akzeptieren, das den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften hart und ausdauernd bekämpft.

Wir sind auch nicht bereit, den inhaltenden Widerstand einiger Mitglieder des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen den Ausbau und die Stärkung der Europäischen Gewerkschaftsausschüsse hinzunehmen. Die Europäischen Gewerkschaftsausschüsse — d. h. die Zusammenschlüsse der Gewerkschaften in einem oder mehreren Wirtschaftszweigen — müssen ebenso wie der Europäische Gewerkschaftsbund die speziellen Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Wirtschaftsverbänden und Institutionen in der Europäischen Gemeinschaft vertreten. Diese sehr umfassende und konkrete Aufgabe zu erschweren kann nicht die Antwort des britischen TUC und der Gewerkschaften in den Rest-EFTA-Staaten auf unsere — im Hinblick auf die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes — sehr offene Integrationspolitik sein.

Man kann daher nur hoffen, daß sich die schrittweise Integration der Auffassungen, Strategien und Taktiken der Gewerkschaften, die in dem alten Europäischen Bund der Freien Gewerkschaften stattgefunden hat, auch im Europäischen Gewerkschaftsbund vollziehen wird.